
VORTRAG: „WIDERSTAND GEGEN DIE GLOBALISIERUNG“
von Richard Melisch

Die "Globalisierung" ist eine von ganz wenigen machtvollen Entscheidungsträgern geplante und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen, politischen und propagandistischen Mitteln angestrebte Weltherrschaft im Zeichen des Materialismus pur. Wer steckt hinter dieser Interessensgemeinschaft? Es sind die neokonservativen Kriegshetzer, die Finanz-Mafia an der Wall Street, der militärisch-industrielle Komplex, das Ölkartell, die Weltherrschaftsutopisten im Weißen Haus und im Pentagon.

Die Globalisierer wollen kein national- und traditionsbewußtes Weltreich gründen, sondern einen erdumspannenden **Weltmarkt** ohne Grenzen einrichten. Sind Grenzen abgeschafft, brauchen sie auch nicht mehr verteidigt zu werden, entfallen alle nationalen und territorialen Sonderinteressen, verschwinden alle über Jahrtausende natürlich gewachsenen kulturellen, religiösen und sittlichen Wertvorstellungen im Brei der gleichgeschalteten "Einen Welt". Wo sämtliche Werte abgeschafft sind, ist alles nur noch Ware; und jede Ware - ob Mensch, Tier, Natur, Kunstwerke, politische Überzeugung - hat ihren Preis. Und was einen Preis hat, ist stets käuflich, verkäuflich und auch verkaufbar. Der angestrebte Endzweck der Globalisierer sind weder Ehrung noch Lorbeerkrantz, weder göttlicher Lohn noch Ritterschlag, sondern ausschließlich der zu erzielende fette Profit. Ihr Glaubensbekenntnis lautet: **Eigennutz geht vor Gemeinnutz.**

Die Weltherrschaftsträumer und Globalisierungsfetischisten zu New York und Washington sind offensichtlich schon so siegessicher, daß sie Thomas Barnett, ihrem bedeutendsten Strategieplaner gestatteten, die von ihm ausgearbeitete Kriegs- und Friedensstrategie zur Erringung der Weltherrschaft zu veröffentlichen und die nötigen "New Rule Sets" (die neuen Spielregeln) auszuarbeiten. Barnett, der Clausewitz der Globalisierer, war um die Jahrtausendwende Professor für Strategie an der Marineakademie von Rhode Island und wurde von der Firma Cantor & Fitzgerald, dem weltgrößten Devisenspekulanten an der Wall Street - selbstverständlich nach Rücksprache mit Verteidigungsminister Donald Rumsfeld - beauftragt eine Denkfabrik einzurichten, an der hohe Regierungsvertreter, Generäle des Pentagon, der Geheimdienste, sowie Wissenschaftler, Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes und der Wall Street angehören würden. Cantor & Fitzgerald hat 2001 an die 50.000 Milliarden Dollar bei Währungsspekulationen umgesetzt - eine Zahl mit 14 Nullen vor dem Komma. Die Gründung dieser von einer amerikanischen Privatbank vorgeschlagenen und geleiteten Denkfabrik, einer Interessensgemeinschaft von Hochfinanz, Politik und des militärisch-industriellen Komplexes, ist als Bestätigung für die allen Eingeweihten seit einhundert Jahren ohnehin bekannte Tatsache anzusehen, daß Amerika stets von der Wall Street geleitet wurde. Was bisher im Verborgenen geschah, ist nunmehr für alle sichtbar: Die Machtergreifung der Privatfirma "Pentagon & Wall Street" in den USA! Im 107. Stockwerk des New Yorker World Trade Center bezieht diese auserlesene Schar ein Büro der Firma Cantor.

Thomas Barnett hat in zwei "New York Times" Bestsellern die Strategie der Globalisierer zur Erringung der Weltherrschaft dargelegt: "The Pentagon's New Map" und "Blueprint for Action". Die darin enthaltene Kriegserklärung der Globalisierer an die Völker der Welt liegt nunmehr schriftlich vor. Bezeichnenderweise durften sie bisher nicht übersetzt werden.

Barnett teilt die Staaten in zwei Gruppen auf: Die eine umfaßt die bereits globalisierten Kernstaaten (englisch: the Core), die noch nicht gleichgeschalteten bilden die Bresche (englisch: the Gap), die es zu überwinden gilt. Welche sind denn diese New Rule Sets, diese neuen Spielregeln? "Sie werden" so Barnett, "nicht mehr von Staaten festgelegt, sondern von der Globalisierung vorgegeben, denn nur sie kann Frieden und Ausgewogenheit in der Welt gewährleisten. Als Voraussetzung für ihr reibungsloses Funktionieren, müssen vier dauerhafte und ungehinderte 'Flows' (Ströme, Flüsse) gewährleistet sein:" Und täglich sind wir Zeugen, wie linientreu diese von "unseren" Politikern umgesetzt werden.

1. Gebot: In der globalisierten Einen Welt wird kein Nationalstaat, keine Regierung, das Strömen von Menschenmassen aus seinem Land heraus und in sein Land hinein behindern. Wohin und woher auch immer es "der Markt" erfordert, werden Humanressourcen fließen. Dieser Strom von Menschenmassen wird nötig sein, um die abnehmende Bevölkerung der CORE-Länder durch Zuwanderung aus dem GAP auszugleichen. Bis zum Jahre 2050 werden zwei Drittel der Neueinwanderer in die USA lateinamerikanische Wurzeln besitzen. Schlimm schaut es in Japan und im ausländerfeindlichen Europa aus. In Europa tummeln sich zahlreiche rechtsgerichtete und einwanderungsfeindliche Politiker, die die schlimmsten Ängste der Bevölkerungen schüren. Anstatt nur 300.000, müßte Europa bis 2050 jährlich 1,5 Millionen Immigranten hereinlassen, um seine Bevölkerungsziffern konstant zu halten.

2. Gebot: In der globalisierten Einen Welt werden keine Nationalstaaten mehr über ihre eigenen Rohstoffe und Naturreserven verfügen. Diese werden von den Globalisierern privatisiert, internationalisiert und dann profitorientiert vermarktet. Die Kontrolle über die Naturreserven und Rohstoffe, die Energieversorgung, die kommende Weltwährung "Amero", über die Erzeugung genmanipulierter Nahrungsmittel und über die Trinkwasserversorgung, ist eine unabdingbare Voraussetzung zur Erringung ihrer Weltherrschaft.

3. Gebot: In der globalisierten Einen Welt dürfen nationale Regierung weder Bestimmungen erlassen noch Gesetze beschließen, die das unkontrollierte Hereinströmen von Investitionen und Krediten des IWF, der Weltbank und internationaler Banken zum Zweck der Kontrollausübung über die Volkswirtschaften behindern oder erschweren. Keine Regierung darf den Rückfluß von solcherlei erpreßten Profiten sowie von Zins- und Zinseszinszahlungen an die Wucherer in Frage stellen. Barnett: "Die Globalisierung ist die einmalige Gelegenheit, den Einfluß amerikanischer und einiger europäischer Finanzhäuser in den Ländern des GAP zu stärken und unsere neuen globalen Spielregeln dort einzuführen."

4. Gebot: In der globalisierten Einen Welt dürfen Einsätze des amerikanischen Militärs [auf Amerikanisch klingt es viel schöner, nämlich: "Export of US-security services", so als leiste das amerikanische Militär nur "Dienstleistungen" im Namen des Weltfriedens !] von keinem Land der Welt behindert werden. Denn wie wir ja wissen, haben die USA - wie schon im 1. und 2. Weltkrieg - stets nur selbstlos und aus rein humanitären Beweggründen in das Weltgeschehen eingegriffen.

In seiner Ankündigung der neuen "Security Strategy of the USA" wird Präsident George W. Bush im September 2002 zwei neue juristische Begriffe prägen, nämlich das Recht der USA auf "anticipatory self defense" (vorweggenommene Notwehr) sowie auf "creative destruction" (schöpferische Zerstörung) von Staaten, die sich der Globalisierung widersetzen.

BEKENNTNISSE UND DROHUNGEN DES THOMAS BARNETT:

1.) Barnett: "Als Problem erwies sich, daß sich hinter der Antiglobalisierung kein greifbarer Bösewicht verbarg. Mangels Erkennens eines klar umrissenen Feindbildes, beschlossen wir einfach, die Rolle der größten Bedrohung dem radikalen Islam zuzuschieben."

2.) Barnett: "Amerika hat sich darauf spezialisiert, seine Staatsschulden zu exportieren und fast alles andere zu importieren. Wie schaffen wir es, derart über unsere Verhältnisse zu leben und dabei trotzdem riesige Defizite einzufahren ? Wir bringen eben die Welt dazu, unsere Schuldscheine zu kaufen, weil sie Uncle Sam vertraut und der Dollar verhältnismäßig billig ist. Das Geschäft mit unseren Schuldscheinen (treasury bills) ist umwerfend einfach. Wißt ihr, was es kostet, diese kleinen Papierfetzen zu drucken ? Fast nichts! Und wißt ihr, was wir als Gegenleistung bekommen ? Video Recorder, Autos, Computer, usw.! Hört auf zu jammern, denn sollte die Welt jemals draufkommen, welch großartiges Luftgeschäft wir betreiben, könnten wir in arge Schwierigkeiten kommen."

3.) Barnett: "Wenn die Nichtvernetzung (disconnectedness) der wahre Feind ist, dann müssen wir in diesem Krieg jene bekämpfen, die diese fördern, durchsetzen wollen und alle terrorisieren, die ihre Hände nach der vernetzten freien Welt ausstrecken, um sich zu befreien... Somit ist das strategische Ziel klar vorgegeben: **Vernichtung aller Gegner**, die sich der Globalisierung widersetzen und damit den Freiheiten, die diese eröffnet. **"Wenn nötig, werden wir einen neuen 11. September inszenieren !"**

4.) Die folgende Drohung gilt ganz besonders den unverbesserlichen und widerspenstigen Nationalen, deren Zahl in den Kernstaaten bedrohlich anwächst. Barnett: "Unser Planet steckt voller Spinner, die gegen die Vermischung von Rassen und Kulturen wettern und sich der Erkenntnis verschließen, daß die Logik der Ökonomie obsiegen wird und nur sie die Menschen überzeugen kann. Diese Logik erfordert eine Globalisierung, die sowohl multikulturell als auch multirassisch sein muß. Sofern sie nicht von Kräften im innersten des CORE heraus sabotiert wird, ist ihr Siegeszug nicht mehr aufzuhalten. Jawohl, ich nehme die vernunftwidrigen Argumente unserer Gegner zur Kenntnis. Doch sollten sie Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, fordere ich: **Tötet sie!" (...I say: Kill them !)**

Verhält sich angesichts solcher Drohungen ein Befürworter der Globalisierung nicht wie eine Gans, die sich auf Weihnachten freut ?

NOTWENDIGE KURSKORREKTUREN, LÖSUNGSVORSCHLÄGE ZUR BEFREIUNG AUS DER GLOBALISIERUNGSFALLE

Welchen *europäischen* Interessen dient denn die Erweiterung der EU bis ins wilde Kurdistan, die Ausdehnung der NATO bis vor die Tore Sankt Petersburgs, die Verteidigung des US-Imperialismus am Hindukusch ? Welchen *europäischen* Interessen dient das sklavische Festhalten an der Dollar-Weltwährung, der Unterordnung unserer Volkswirtschaften unter das Diktat der Rohstoffbörsen und des Ölkartells, unüberschaubarer Bankenkonsortien und unkontrollierter *Weltfinanzagenturen* ? Welchen *europäischen* Interessen dient die Entsendung deutscher, französischer, italienischer Soldaten in das "Pulverfaß Nahost" ? Wessen Kastanien gilt es dort aus dem Feuer zu holen ?

Europäisches Interesse erfordert weder eine Parteinahme gegen Amerika noch gegen Israel, sondern **das strikte Heraushalten** aus Konflikten und Kriegen, die von den Völkern Europas weder provoziert, geschweige denn angezettelt worden sind.

SICH ANBIETENDE LÖSUNGEN ZUR BEFREIUNG VON DEN GLOBALISIERERN

1.) DIE ACHSE PARIS - BERLIN - MOSKAU ?

Die von manchen politischen Kreisen in Frankreich und Deutschland schon seit langem und immer wieder erhobene Forderung nach der Schaffung eines französisch-deutschen Kerneuropas mit einer gemeinsamer Außen- und Wehrpolitik, sowie der Verlängerung der Achse Paris-Berlin bis Moskau, wurde erstmals im Frühjahr 2003, wenn auch recht zaghaft, angedeutet, als sich die französische und die deutsche Regierung weigerten, Hilfstruppen zur Unterstützung der USA in den Irak zu entsenden. War hier das allererste Anzeichen für eine eigenständige europäische Außenpolitik seit 1956 zu erkennen ? Theoretisch wäre die deutsch-französisch-russische Allianz eine perfekte Lösung zur Befreiung Kerneuropas sowohl vom Würgegriff der Globalisierungsdiktatur, als auch von seiner politisch-militärischen Kontrolle durch die USA, wäre nur Deutschland ein souveräner Staat. Bekanntlich stürzt auch die schönste Fassade ein, wenn das ganze Gebäude nicht auf festen Fundamenten steht. Wie könnten sich angesichts solcher politischen und juristischen Defizite eine französische, eine russische Regierung, ja das französische und russische Volk auf Vereinbarungen mit einem derart gefesselten deutschen Staat verlassen, der noch immer nach Interimgesetzen aus der Besatzungszeit verwaltet wird ? Einer der Vordenker eines Europas der Vaterländer war General De Gaulle, der meinte es sei an der Zeit, den Vertrag von Verdun des Jahres 842 zur Aufteilung des Reiches Karls des Großen zu revidieren, auf daß die Franken des Westens mit den Franken des Ostens endlich wieder vereint werden könnten. Nach der Machtübernahme der Transatlantiker Angela Merkel und Nicolas Sarkozy ist die Idee eines souveränen Europas der Nationen freilich in weite Ferne gerückt.

Inzwischen wird Rußland immer mächtiger und hat es nicht mehr nötig zuzuwarten, ob sich Paris und Berlin zur Emanzipation von den USA aufraffen und Moskau eine ernstzunehmende Alternative zu seiner zunehmend nach Asien ausgerichteten Politik bieten. Wenn sich das deutsche und französische Volk nicht sehr beeilen einen heroischen Entschluß zu ihrer Selbstbefreiung zu fassen, wird sich kein künftiger De Gaulle mehr über die Wiederausammenführung der Franken beiderseits des Rheins freuen können, sondern höchstens über das Aufblühen und Gedeihen von Tausenden anatolischer und maghrebinischer Gemeinden auf dem Gebiet des einstigen fränkischen Kaiserreiches.

WIE STEHT ES MIT RUSSLAND ALS PARTNER ? PUTINS WARNUNG AN DIE GLOBALISIERER !

In seiner Rede vom 10. Februar 07 erteilte der russische Präsident Wladimir Putin auf der "Münchener Konferenz zu Fragen der Sicherheitspolitik" seine Antwort auf die amerikanische Politik der einsamen Entscheidungen und der weltweiten Einmischungen, und warnte gleichzeitig, daß Rußland nicht bereit ist, sich der amerikanischen Vereinnahmung durch Globalisierung zu unterwerfen. Hier eine kurze Zusammenfassung seiner Ansprache:

"Vielen Dank, verehrte Frau Kanzlerin für die Einladung zu dieser Konferenz, die Politiker, Militärs, Unternehmer und Experten aus mehr als 40 Ländern zusammengeführt hat. Das Format der Konferenz gibt mir die Möglichkeit, der 'übertriebenen Höflichkeit' zu entgehen,

mit geschliffenen, angenehmen, aber leeren diplomatischen Worthülsen sprechen zu müssen. Das Format der Konferenz erlaubt, das zu sagen was ich *wirklich* über die Probleme der internationalen Sicherheit denke...

Die Menschheitsgeschichte kennt Perioden monopolaren Zustandes und des Strebens nach Weltherrschaft. Es ist die Welt eines *einzig*en Hausherrn, eines Souveräns. Und das ist am Ende nicht nur tödlich für alle, die sich innerhalb dieses Systems befinden, sondern auch für den Souverän selbst, weil es ihn von innen heraus zerstört... Wir erleben eine immer stärkere *Nichtbeachtung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts*. Mehr noch: Bestimmte Normen, ja eigentlich fast *das gesamte Rechtssystem eines Staates - die Rede ist vor allem von den Vereinigten Staaten* - hat seine Grenzen in allen Sphären überschritten: sowohl in der Wirtschaft, der Politik als auch im humanitären Bereich wird es anderen Staaten übergestülpt...

Ich bin überzeugt, daß der einzige Mechanismus zur Entscheidung über die Anwendung von Gewalt als letzte Maßnahme nur die UN-Charta sein darf. In diesem Zusammenhang habe ich auch nicht verstanden, was kürzlich der Verteidigungsminister eines NATO-Mitglieds gesagt hat, oder er hat sich unklar ausgedrückt. Ich habe jedenfalls verstanden, daß die *Anwendung von Gewalt nur dann als legitim gilt, wenn sie auf der Grundlage einer Entscheidung der NATO oder der EU basiert*. Wenn er das tatsächlich meint, dann haben wir verschiedene Standpunkte. Oder ich habe mich verhöhrt. *Legitim* ist eine Anwendung von Gewalt nur dann zu nennen, wenn ihr ein *UNO-Beschluß* zu Grunde liegt. *Man darf doch die UNO nicht durch die NATO oder die EU ersetzen!*

Konkret beunruhigen uns die Pläne zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems in Europa. [Putin bezog sich auf die Stationierung eines 'NATO-Raketenabwehrschirms' in Polen, Tschechien und Georgien, sowie Militärflughäfen in Rumänien und Bulgarien]. Wer braucht schon eine neue Runde eines in diesem Falle unausweichlichen Wettrüstens ? *Ich zweifle zutiefst daran, daß es die Europäer sind...*

Ich denke, es ist offensichtlich, daß der *Prozeß der NATO-Erweiterung keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst, oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa hat. Im Gegenteil, das ist ein provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt*. Nun haben wir das Recht zu fragen: **Gegen wen richtet sich diese Erweiterung ?** Und was ist aus jenen Versicherungen geworden, die uns die westlichen Partner nach dem Zerfall des Warschauer Paktes gegeben haben? **Wo bleiben diese Garantien ?...**

Rußland ist ein Land mit einer tausendjährigen Geschichte und fast immer hatte es das Privileg, eine *unabhängige Außenpolitik* betreiben zu können. *Wir wollen an dieser Tradition auch heute nichts ändern, doch wollen wir gerne mit verantwortungsbewußten und selbständigen Partnern auf gleicher Augenhöhe zusammenarbeiten* am Aufbau einer gerechten und demokratischen Welt, in der Sicherheit und Aufblühen *nicht nur für Auserwählte, sondern für alle gewährleistet ist*.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Diese Worte der Bundeskanzlerin und ihrem Außensteinmeier ins Gästebuch! Hatte man denn in Berlin die Einschläge überhaupt bemerkt ? Im Gegenteil, denn sofort unterstellte man in trauter transatlantischer Solidarität Präsident Putin die Absicht, er wolle einen neuen Kalten Krieg vom Zaum brechen. Hatte denn Putin überreagiert ?

DIE NATO ENTLARVT SICH ALS HANDLANGER DER GLOBALISIERER

Im Dezember 2006 hatte gleichzeitig mit dem offiziellen NATO-Gipfeltreffen in Riga eine inoffizielle Nebenkonzferenz stattgefunden, an der die sogenannte "Istanbul Cooperation Group" mit dem assoziierten Staat Israel sowie US-Senator Richard Lugar, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses teilnahmen, zwecks Festlegung der neuen Strategie der westlichen Verteidigungsallianz im "Krieg gegen den Terrorismus". Anwesend waren auch der alte kalte Krieger Zbigniew Brzezinski, der Financier aller liberalen und orangen Oppositionsparteien George Soros, sowie Vertreter amerikanischer und deutscher Fonds und "Friedensstiftungen". Die Crème de la Crème der Oberglobalisierer also. Nichts hätte deutlicher die Befolgung von Thomas Barnetts Strategie zur Erringung der Weltherrschaft untermauern können als die bei dieser Konferenz von der US-Regierung geforderte Privatisierung aller Öl- und Gasreserven einerseits, andererseits die "Koordinierung" der Energiepolitik aller Staaten weltweit mit der NATO, die hinfort den "Schutz" der nunmehr im Privatbesitz des Ölkartells befindlichen Energiereserven übernehmen, die Versorgung und Verteilung von Öl und Gas an die globalwirtschaftlich vernetzten und politisch gleichgeschalteten Staaten weltweit gewährleisten würde.

Senator Lugar untermauerte die neue NATO-Strategie wie folgt: "In den nächsten Jahrzehnten werden Energiemangel und -manipulationen die wahrscheinlichste Ursache für einen bewaffneten Konflikt in Europa und in den anliegenden Regionen sein... Die überwältigende Mehrheit der globalen Öl- und Gasvorräte liegt heute außerhalb der Kontrolle der privatwirtschaftlichen Rationalität... 79 Prozent der globalen Öl- und Gasvorräte werden von Regierungen kontrolliert... Diese Regierungen setzen Preise ausgehend von nationalen Investitions- und Produktionsentscheidungen fest und haben umfangreiche Möglichkeiten, das Ventil aus politischen Erwägungen zuzudrehen." Deshalb forderte er: "Die NATO muß von jetzt ab darauf vorbereitet sein, auf eine Energieerpressung von Seiten Rußlands oder des Iran **mit angemessenen Gegenmaßnahmen** zu antworten... Die Energie wird heute als Waffe mißbraucht. Die Einstellung der russischen Gaslieferungen an die Ukraine zeigt, daß Energie zur Erreichung politischer Ziele genutzt wird..."

Daraus schloß Senator Lugar messerscharf, das Kapitel 5 der NATO-Satzung, wonach der Überfall auf einen Mitgliedsstaat der NATO einem Überfall auf die gesamte Organisation gleichgesetzt wird, müsse auch auf "energiewirtschaftliche Überfälle" ausgedehnt werden: "Da ein Angriff durch Aussetzung der Energiezufuhr die Wirtschaft eines Staates ruinieren und zu Tausenden Opfern führen kann, muß sich die NATO zur kollektiven Abwehr eines solchen Angriffs gemäß Kapitel 5 verpflichten! Es gibt keinen Unterschied, ob ein NATO-Mitglied durch die Einstellung von Energielieferungen einem fremden Willen unterworfen, oder ob dieser Mitgliedstaat Opfer einer militärischen Aggression wird." Lugar sprach sich für die Abhaltung von NATO-Manövern aus, wie sie zu Zeiten des Kalten Krieges zur Abwehr eines möglichen sowjetischen Überfalls angesetzt worden waren. Drohungen des Iran, seine Ölexporte drosseln zu wollen, müßten mit schärfsten Sanktionen beantwortet werden.

Hat ein einziger der anwesenden NATO- Vasallen gegen diese heuchlerische amerikanische "Haltet-den-Dieb" Strategie protestiert ? Stehen denn russische Truppen an der amerikanisch-mexikanischen Grenze, oder umzingeln nicht vielmehr die USA mit zahlreichen Stützpunkten das Reich der Moskowiter ? Haben unsere gleichgeschalteten Systemmedien über die weitreichenden Folgen dieser inoffiziellen NATO-Kriegskonferenz berichtet ?

Wäre Georgien Mitglied der NATO, so hätte der kürzlich vom US-Vasallen Sakaaschwili provozierte Überfall auf Ossetien und Abchasien zu einem Weltkrieg führen können.

VORRANGIG WÄRE EINE ZUSAMMENARBEIT MIT DER SHANGHAI COOPERATION ORGANISATION (SCO) DRINGEND ZU EMPFEHLEN.

Mitte des Jahres 2004 entstand eine Interessengemeinschaft von Staaten, die sich gegen jede Art von Vereinnahmung durch Globalisierung wehren wollen. Zu ihr gehörten anfangs China, Rußland, Indien und Brasilien. Nach einem fehlgeschlagenen Attentat auf den Präsidenten Hugo Chávez, das von der CIA angezettelt wurde, trat auch Venezuela dieser Allianz bei. Chávez kaufte in Rußland 50 moderne Kampfflugzeuge der Type MIG 29 SMT, bewaffnet mit je zwei Tonnen schweren Marschflugkörpern, die jeden Öltanker oder Flugzeugträger im Golf von Mexiko wegpusten können. Für Einsätze im Tiefflug über der Karibik wurden sie mit tiefblauem Tarnanstrich versehen. Die Einschulung der venezolanischen Piloten auf russisches Gerät stellen die Kubaner sicher, die zu diesem Zweck von Chávez fünf Maschinen derselben Type erhielten.

Inzwischen sind Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan der SCO beigetreten und haben sich im Laufe des Jahres 2006 auch die Mongolei, der Iran und Pakistan der Organisation angeschlossen. Allesamt also "Schurkenstaaten". Die SCO sieht sich als Abwehrorganisation von Staaten, die ins Fadenkreuz der USA geraten sind, weil sie sich diesen weder unterwerfen, noch ihnen ihre Reserven an Erdöl, Erdgas und anderen strategischen Rohstoffen ausliefern wollen. Die meisten von ihnen sind dazu übergegangen, Erdöl, Erdgas und andere Rohstoffe sowohl zu Euro-Preisen, gegen Landeswährung, als auch - am Dollar vorbei - auf dem Tauschweg gegen andere Rohstoffe zu verkaufen.

SÜDAMERIKA BEFREIT SICH VOM WÜRGEGRIFF DER GLOBALISIERER

Die vor fünf Jahren totgesagte argentinische Wirtschaft gab ein kräftiges Lebenszeichen von sich, als die Regierung des Andenstaates Ende 2005 dem Internationalen Währungsfonds einen Kredit von 9,8 Milliarden zwei Jahre vor dem Fälligkeitsdatum zurückzahlte. Es gelang ihr damit sich aus dem Würgegriff des IWF, der internationalen Großbanken und der privaten Verleiher zu befreien, die jahrzehntelang das Land gezwungen hatten, Mindestlöhne, Renten und Sozialleistungen zu kürzen und die Lebensmittelpreise zu erhöhen. Stolz verkündete Präsident Nestor Kirchner seinen Landsleuten, dadurch würde ihr Land bis 2008 die jährlichen Zinsenrückzahlungen in der Höhe von 1,1 Milliarden Dollar einsparen. Der Ausstieg der Argentinier aus der Schuldenfalle bedeutet freilich eine Katastrophe für die Verleiher, denn je höher der Schuldenstand, desto größer ihr jährlicher arbeits- und daher müheloser Zinssegen. Argentinien's Schritt erfolgte nur wenige Wochen nach dem Beschluß der brasilianischen Regierung, den Geldverleihern des "Paris Club", dem 19 kreditgebende Staaten angehören, die volle Schuld von 2,6 Milliarden Dollar, dem IWF gar die Gesamtschuld von 15,5 Milliarden Dollar auf einen Schlag und ebenfalls zwei Jahre vor der Fälligkeit zur Gänze zu begleichen. Eine weitere Katastrophe für die Globalisierer und internationalen Zins- und Zinseszinshaie! Als der argentinische Präsident nicht nur seinem brasilianischen Amtskollegen Luiz Inácio Lula da Silva, sondern auch dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez für ihre finanzielle Hilfe öffentlich dankte, war für die globale Finanzmafia nicht mehr zu übersehen, daß zumindest auf dem amerikanischen Kontinent gerade ein Wirtschaftsblock im Entstehen ist, der sich zum Rivalen der von den USA gesteuerten globalen Währungsdiktatur und Welt-

wirtschaftsordnung entwickelt, dem sich inzwischen auch die Länder Bolivien, Ecuador, Peru und Chile angeschlossen haben.

Wem verdanken die Argentinier und Brasilianer ihre Entschuldung ? Sie können sich bei Hugo Chávez bedanken, dem Präsidenten Venezuelas, dessen ausschließlich an den nationalen und sozialen Interessen seines Volkes ausgerichtete Politik dazu geführt hat, daß die Milliardengewinne aus dem Export von Erdöl im eigenen Lande verbleiben, anstatt auf den Konten des amerikanischen Ölkartells zu landen. Kein Wunder, daß der US-Fernsehprediger und fanatische "Millenarian" Pat Robertson die CIA öffentlich dazu aufforderte, Chávez zu liquidieren !

Im Mai 06 erklärte Hugo Chávez anlässlich zweier vielbeachteter, von den EU-ropäischen Politlemmingen und den Systemmedien der westlichen Welt jedoch totgeschwiegenen Vorträge in Wien und London:

"Die Amerikaner behaupten, da ginge der Imperialist Hugo Chávez herum, würde ausländische Unternehmen enteignen, Monopole schaffen, um andere Staaten zu dominieren. Wie lächerlich! Wir betreiben eine Politik der Anerkennung souveräner Staaten und der besonderen Interessen anderer Völker, und bieten allen Staaten die Möglichkeit zu einer echten Zusammenarbeit auf der Grundlage von Solidarität, gegenseitigen Austausch, des Respekts vor internationalen Konventionen und Gesetzen, ganz im Gegensatz zu den USA, die in der gesamten Welt als imperiale Macht auftreten. *Dort* befindet sich das Imperium, und nicht in Venezuela! *Wir* bekämpfen die Monopole, *wir* bekämpfen den Imperialismus! Wir wollen das Erdöl nicht monopolisieren, wir planen nur, die Reserven Südamerikas genau so zu integrieren, wie es die Europäer anfangs mit ihrer Kohle und ihrem Stahl getan haben. Wir wollen in diese Wirtschaftsgemeinschaft sowohl unsere ungeheuren Reserven von 150.000 Milliarden Kubikmeter Erdgas einbringen, wie auch unsere 300 Milliarden Barrels Erdöl. Nicht, damit eine kleine Elite von Imperialisten davon profitiert, sondern dieser Reichtum allen Völkern der Erde zugute kommt. Gemeinsam mit dem brasilianischen, dem argentinischen und dem bolivianischen Präsidenten planen wir die gewaltige 8000 Kilometer lange Gasleitung 'Gasoduct', die von der Karibik bis Patagonien alle Länder Südamerikas mit sauberem und billigem Erdgas versorgen wird. Wir laden europäische Unternehmen ein, sich an diesem Jahrhundertprojekt zu beteiligen, das der Entwicklung Südamerikas dienen und die Armut seiner Völker beseitigen wird."

Im Rahmen dieser Konferenz wurden Kooperationsmodelle und konkrete Projekte besprochen, an denen sich Europa zum Auf- und Ausbau der Infrastruktur Südamerikas beteiligen soll. Chávez stellte klar, Südamerika brauche keine Kredite, es sei reich an Rohstoffen und Naturreserven, könne bar oder mit Rohstoffen bezahlen, doch seine Völker benötigten das Wissen und die Erfahrungen von Deutschen, Franzosen und anderen Europäern, um Stahl- und Kraftwerke zu errichten, Brücken und mehrspurige Autobahnen zu bauen, die Flußschifffahrt zu entwickeln, ein Schienennetz von Tausenden Kilometern, Öl- und Gasleitungen quer durch Amazonien und die Pampa, vom Atlantik über die Kordillern zum Pazifik, von Feuerland bis zum Panamakanal zu legen, Airbusse, TGV und ICE zu kaufen. Südamerika warte nunmehr auf europäische Angebote.

Wie reagierten die Brüssler Spitzen, die deutsche und andere Regierungen europäischer US-Vasallenstaaten ? Trotz Massenarbeitslosigkeit schwieg Brüssel, schwiegen unsere Regierungen, schwiegen und schweigen die Systemmedien. Wetten, daß "unsere" Politiker nicht ein-

mal den Mut hatten, in Washington um Erlaubnis zu fragen, ob sie Caracas einen Besuch ab-
statten dürfen ?

Sicher meinte Kurt Tucholsky genau diese Art von Gesinnungsliliputanern, als er schrieb:
"Wenn die Sonne tief steht, werfen auch Zwerge lange Schatten."

Im November 2006 wurde im Süden Venezuelas mit dem Bau eines gewaltigen Stahlwerks
begonnen, die erste Teilstrecke einer transkontinentalen Bahnverbindung eröffnet. Wer erhielt
die Aufträge? Richtig! Inder und Chinesen! Wann endlich erwachen wir Europäer, emanzipie-
ren uns von der Cocacolonisierung unserer Politik, Wirtschaft und Kultur und jagen unverant-
wortliche Politiker dorthin, wo der Pfeffer wächst ?

GRÜNDUNG DER "BANK DES SÜDENS"

Was vor wenigen Jahren noch unmöglich schien, ist jetzt Wirklichkeit geworden: Die latein-
amerikanischen Völker sind auf dem besten Wege sich von der zweihundert Jahre andauern-
den Gängelung und Ausbeutung durch die "Gringos" Nordamerikas zu befreien. Am 3. No-
vember 2007 eröffnete in Caracas die "Bank des Südens" (Banco del Sur). Sie stellt eine Her-
ausforderung, ja eine Kriegserklärung an die von den USA kontrollierte Weltbank und den
Internationalen Währungsfonds (IWF) dar. Sie ist mit einem Startkapital von sieben Milliar-
den Dollar ausgestattet, das innerhalb des ersten Jahres um weitere fünfzig Milliarden erhöht
werden soll. Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Ökonomie, beurteilt diese Bank wie folgt:
"Sie stellt für die Völker dieser Region endlich eine gerechte Alternative zur Weltbank und
zum IWF dar, die als Werkzeuge der amerikanischen Außenpolitik und amerikanischer Kon-
zerne angesehen werden. Schließlich ist das US-Treasury (Schatzamt) der größte Aktionär des
IWF!" Der Bank des Südens haben sich, neben Venezuela, die Staaten Brasilien, Argentinien,
Bolivien, Paraguay, Ecuador und Uruguay angeschlossen. Peru und Chile sollen demnächst
folgen. "Die Bank des Südens", so der venezolanische Finanzminister Rodrigo Cabezas, "wird
den Mitgliedstaaten zinsgünstige Kredite einräumen, ohne ihnen politische Bedingungen zu
diktieren, ohne auf sozial unverträgliche Auflagen zu bestehen, wie beim IWF üblich sind."
Die Bank des Südens wird nicht nur Wirtschaftsabkommen und Infrastrukturprojekte, sondern
auch Export- und Importgeschäfte der Mitgliedsländer in Landeswährung, in Euro, in Dollar
oder im Rahmen von Gütertauschgeschäften vorfinanzieren und absichern. Die Regierungen
einiger Mitgliedsstaaten wollen den "Banco del Sur" auf Südamerika beschränken, um die
USA nicht zu sehr herauszufordern, andere fordern die Ausweitung auf alle Länder Latein-
amerikas, einige die Öffnung ihres revolutionären Finanzierungssystems auch auf die Staaten
Asiens, Afrikas und gar der EU.

Worauf warten "unsere" verantwortlichen Politiker, um sich aus dem Würgegriff der Globali-
sierungsheuschrecken zu befreien ? Seit Urzeiten war es die Aufgabe der politischen Führung,
die Interessen des Volkes wahrzunehmen und Schaden von ihm fernzuhalten. Sie mußte dar-
auf keinen Eid leisten, denn die Erfüllung dieser Pflicht war ihr heilig und selbstverständlich
eine Ehrensache. Wäre es deshalb nicht ebenso selbstverständlich, daß sich die heutigen Polit-
eliten gegen die Anschaffung ihrer Völker zur Wehr setzten ? Doch es scheint, daß eher ein
Kamel auf das Minarett hinaufklettert, als daß die heute regierenden Volksvertreter sich auf
ihre Pflicht und Verantwortung besinnen.

Ich habe Ihnen die Kriegserklärung der Globalisierer überreicht. Wer hören kann und lesen,
wird diese sehr ernst nehmen. Wer nicht versteht, um welche ungeheure Bedrohung es hier
geht, dem ist nicht zu helfen. Am Abend des 14. Juli 1789, des Tages, an dem der Pariser Pö-

bel die Bastille erstürmt hatte, die alte Weltordnung Europas gerade gestürzt und das Neue Zeitalter des Liberalismus und Materialismus eingeläutet worden war, schrieb König Ludwig XVI. in Versailles vor dem zu Bettgehen in sein privates Tagebuch ein einziges Wort: "rien" was so viel bedeutet wie: "heute nichts los". Weder er noch seine Hofschranzen hatten den gerade eingetretenen welthistorischen GAU überhaupt bemerkt. Und wie wir es ja seit Jahren erleben können, verhalten sich die von so manchen Lobbies, Konzernen und hochgradigen Hintermännern geleiteten politischen Entscheidungsträgern der sogenannten "westlichen Wertegemeinschaft" nicht anders.

Uns EU-ropäischen und amerikanischen von gleichgeschalteten Medien dauerberieselten Politlemmingen und Steuerzahlern geht es nicht anders als den Passagieren der "Titanic", die im April 1912 in Southampton an Bord gingen und in ihren Kabinen das folgende Schreiben vorfanden: "Willkommen an Bord der **unsinkbaren Titanic**. Sie haben die richtige Wahl getroffen: An Bord unseres Schiffes werden sie am schnellsten und sichersten Ihr Ziel erreichen. Unser Wetterdienst meldet sonniges Wetter und ruhige See für die gesamte Dauer der Überfahrt. Eisberge werden Sie auf unserer Route nicht begegnen. Wir wünschen Ihnen gute Reise! Ihre Reederei White Star".

Wie einst die Eigentümer der Reederei sehr wohl wußten, welches ungeheure Risiko sie eingingen als sie den Offizieren auf der Brücke und im Maschinenraum der "Titanic" den Befehl gaben, auf Biegen oder Brechen den Transatlantik-Geschwindigkeitsrekord zu unterbieten, so ahnen die Betreiber und Profitierer der Globalisierung seit langem, wahrscheinlich schon seit Dezember 1913, daß ihre auf Scheinwährung und Betrug beruhende Spekulations-Titanic irgendwann und unweigerlich mit voller Fahrt voraus gegen den Milliarden Tonnen schweren Pleite-Eisberg krachen wird. Nun ist es so weit, und wie schon auf der "Titanic" des Jahres 1912, gibt es auch beim gegenwärtigen Krach nur Rettungsboote für die Passagiere der ersten Klasse. Für uns, die Kameraden der zweiten, dritten und vierten heißt es weiterschwimmen im eiskalten Wasser.

Wie verhalten sich Völker und Regierungen, die noch Ehrgefühl besitzen, angesichts einer Kriegserklärung ? Worauf warten denn "unsere" verantwortlichen Politiker, um sich aus dem Würgegriff der Globalisierungsheuschrecken zu befreien ? Seit Urzeiten war es die Aufgabe politischer Führer, die Interessen ihrer Völker wahrzunehmen und Schaden von ihnen fernzuhalten. Sie mußten darauf keinen Eid leisten, denn die Erfüllung dieser Pflicht war ihnen heilig und selbstverständlich eine Ehrensache. Wäre es deshalb nicht ebenso selbstverständlich, daß sich die heutigen Politeliten gegen die Abschaffung ihrer Völker zur Wehr setzen ? Doch es scheint, daß eher ein Kamel auf das Minarett hinaufklettert, als daß "unsere" regierenden Volksvertreter sich auf ihre Pflicht und Verantwortung besinnen. Doch WIR sind das Volk, also haben wir das Recht, aber auch die Pflicht und Schuldigkeit, uns eine politische Führung zu erwählen, die weder Erfüllungsgehilfin fremder Lobbies noch Handlangerin utopischer Einheitsweltbeglückungstheoretiker ist, sondern allein ihrem Souverän, dem Volk, das sie erwählt hat, verpflichtet ist. Vielleicht lassen sich in unserer sittlich und geistig verödeten Welt noch einige Männer und Frauen finden, in denen noch Spurenelemente alt hergebrachter Wertbegriffe brennen, die sich freudig zu Wahrheit, Ehre, Treue, Verantwortung, Opfermut und Sittlichkeit bekennen und fest in ihrem Glauben sind, daß Gott, der Herr, sie auf ihrem schweren Weg begleiten wird. Solchen Vorbildern wollten wir gerne folgen.

Sie würden als Erstes zum Grundsatz zurückfinden, daß Gemeinnutz stets vor Eigennutz geht. Zweitens sich danach richten, daß als einziger Maßstab für erfolgreiches politisches Handeln und wirtschaftliches Treiben nicht der Profit des Einzelnen zu gelten hat, sondern ausschließlich das Wohl und der Nutzen des Volkes. Sie werden drittens mit dem Aberglauben aufzuräumen wissen, daß nur ungebremstes Wirtschaftswachstum, das zwangsläufig zu progressiv anwachsenden Zins- und Zinseszinsverschuldung der Völker in alle Ewigkeit führt, segensreiches Wirtschaften bedeutet, sondern zum gesunden Volkswirtschaften zurückfinden, um Arbeitsplätze und Produktion vorrangig im Inland zu gewährleisten. Sie wird letztlich dafür sorgen, daß der profitorientierten Rohstoff- und Menschenwegwerfgesellschaft Einhalt geboten wird zu Gunsten eines sozial ausgewogenen und entschleunigten Wirtschaftens, das mit unseren Naturreserven sparsam umgeht.

Von der österreichischen Dichterin Marie von Ebner Eschenbach stammt der Spruch, daß niemand so heftig gegen seine Freiheit ankämpft, wie der glückliche Sklave. Die sich ankündende Wolfszeit wird der Prüfstein sein, ob unsere Völker noch fähig, ja willens sind, für ihr Überleben und Wiederauferstehen als souveräne, einzig ihren eigenen Gesetzen und Traditionen verpflichtete Kulturnationen zu kämpfen.